

## Keine Zeit für lange Verhandlungen

Flüchtlinge: „Brüssel und Berlin ringen mit Ankara und Athen“, FR-Politik vom 10. März

### Die Geflüchteten brauchen sofort Hilfe

Es ist ein Skandal, dass Europa zuschaut, wie wiederum tausende Menschen auf der Flucht sind und man Griechenland mit diesem Elend alleinlässt. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenrechte, auf die Europa so stolz ist und für deren Werte Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden ist. Man versucht mit allen Mitteln, die Menschen zu hindern, an einen sicheren Ort zu kommen.

Jetzt muss in der Politik weiter um einen Weg gestritten werden, es werden Konferenzen und Sicherheitsberatungen geplant, und man muss befürchten, dass es wie zuvor Schuldzuweisungen an die Länder geben wird, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, und dass man bis auf den Sanktnimmerleinstag warten will, bis sich etwas bewegt.

Es ist keine Zeit mehr für lange Verhandlungen, denn jeden Tag sterben Menschen! Die Menschen brauchen sofortige Hilfe und keine weiteren Lippenbekenntnisse. Deutschland ist ein reiches Land und könnte Vorreiter sein für Menschlichkeit und Solidarität für Menschen in Not. Viele Kommunen und Städte haben ihre Bereitschaft erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen.

Wir sind einer Meinung mit Hans Leyendecker, dem Präsidenten des evangelischen Kirchentages 2019 in Dortmund, der beim Abschlussgottesdienst vor 32000 Gästen zum Kampf für die Menschenwürde aufrief, indem er betonte: „Man lässt keine Menschen ertrinken!“ Pilatus habe sich (vor der Kreuzigung von Jesus) die Hände in Unschuld gewaschen. „Europäische Politikerinnen und Politiker waschen sie in dem Wasser, in dem Flüchtlinge ertrinken.“

Genauso wenig darf man die Menschen in ihrer verzweifelten Lage an der Grenze nach Griechenland alleinlassen. Ansonsten fordern wir, dass die EU den Friedensnobelpreis zurückgibt. Ingrid u. Herbert Broich, Rhaderfahn

### Ohne Menschenwürde gibt es keine Demokratie

Das Verhalten der EU und der griechischen Regierung gegenüber den von Erdogan politisch

instrumentalisierten Geflüchteten hat mit Mitmenschlichkeit und Menschenwürde nichts zu tun. Beides Grundpfeiler von demokratischen Gesellschaften. Asylrecht und europäische Menschenrechtskonvention werden faktisch ausgehebelt. Warum Asylrecht nicht gleich abschaffen und Menschenrechtskonvention nur für Staatsbürger\*innen der EU-Staaten?

Wir kritisieren in Deutschland zu Recht, dass rassistischen Worten Taten wie in Hanau folgen. Und den Taten der griechischen Regierung und der EU an der Grenze zur Türkei folgen Taten rechter Extremisten auf Lesbos. Anstatt den Zorn auf die politisch Verantwortlichen zu richten, richten rechte Nationalisten den Zorn auf die Geflüchteten. Sind Trauer- und Gedenkfeiern für die Opfer der grässlichen Tat in Hanau nur Heuchelei angesichts des Umgangs mit Geflüchteten an der europäisch-türkischen Grenze? Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind nicht zu trennen vom Umgang mit Geflüchteten in Europa und den europäischen Außengrenzen und in Deutschland.

An den europäischen Außengrenzen rütteln die EU-Mitgliedsstaaten an den Grundfesten der Demokratie. Es geht längst nicht mehr um das Schicksal Geflüchteter sondern um das Bedienen rassistischer und fremdenfeindlicher Ressentiments. Mit Argumenten wie „Das Boot ist voll“, „Wir können nicht alle Flüchtlinge aufnehmen“ werden die rechtsnationalen Feinde der Demokratie gestärkt.

Gleiches gilt für die Ausrede der „etablierten“ Parteien, wenn sie behaupten, die Wahlergebnisse der rechten Parteien seien weitgehend auf Protestwähler zurück zu führen. Nein, wer aus Protest rechte, rassistische, antidemokratische und faschistische Parteien wählt, weiß, wen er/sie wählt und protestiert nicht. Diese Wähler sind vielleicht „Angstwähler“, aber ganz sicher keine „Protestwähler“. Ohne Menschlichkeit, Menschenwürde und Menschenrechte für alle und nicht nur für Bürger\*innen mit einem europäischen Pass gibt es keine Demokratie.

Georg Horcher, Seligenstadt

### Suche nach einem Leben mit Perspektiven

Die Willigen unter den europäischen Staaten sollten sich endlich bewusst werden, dass sie Teil einer Wertegemeinschaft sein wollen und dementsprechend humanitäre Solidarität zeigen müssen. Das, was wir derzeit im Umgang mit Geflüchteten erleben, zeugt von Kälte, Brutalität und Unmenschlichkeit. Das Versagen der EU in der Asylpolitik schreit zum Himmel. Es ist der mangelnde Wille zu helfen und der Druck von rechts, der eine menschliche Asylpolitik verunmöglicht.

Vor unser aller Augen spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab, die schändlich ist und in der die Chefin der EU-Kommission Ursula von der Leyen ihr christliches Gewissen bemühen sollte, um konsequente Entlastung für die leidenden Menschen zu erreichen. Europa nimmt große Schuld auf sich, wenn es im Endergebnis die Flüchtlinge ihrem Schicksal überlässt.

Diejenigen, die sich in dieser Tragödie einer humanen Flüchtlingspolitik verschrieben haben, werden an den Pranger gestellt, obwohl eigentlich die Menschenschinder, die die Geflüchteten sich überlassen, an den moralisch-politischen Pranger gehörten. Die Menschen, die ihre Länder verlassen, weil das, was man Leben nennt, in Afghanistan, Pakistan oder Syrien nicht mehr möglich ist, und in den Lagern schon gar nicht, werden nicht aufhören, nach einem lebenswerten Leben mit Perspektiven zu suchen. Deshalb müssen die Lebensbedingungen in diesen Ländern verbessert werden. Angesichts der Herzenskälte vieler Politiker, vor allem rechter, bin ich jedoch nicht sehr hoffnungsfroh, was die Überwindung der europäischen Unwilligkeit zur Verbesserung betrifft. Europa steht in dieser noch immer andauernden Krise synonym für die perfekte Unmenschlichkeit. Europas verantwortungsvolle Politiker müssen sich endlich zu einem gemeinsamen Handeln verständigen. Deklaratorische Apelle helfen nicht. Manfred Kirsch, Neuwied

Diskussion: frblog.de/syrien-4



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Viktor Funk** liest aus seinem Roman „Mein Leben in Deutschland begann mit einem Stück Bienenstich“, nach der Lesung gibt es Köstlichkeiten der kasachischen Küche. Der Eintritt ist frei. Anmeldung [Edgar.Weick@t-online.de](mailto:Edgar.Weick@t-online.de).  
**Mittwoch, 18. März, 19 Uhr**  
**Palleskestraße 2, Frankfurt-Höchst**

**Pitt von Bebenburg** diskutiert zum Thema „Aufstehen gegen die RECHTSschaffenden“ auf einem Podium des DGB Rodgau, von „Bunt statt Braun“ und Munavero.  
**Freitag, 20. März, 19 Uhr**  
**Bürgerhaus, Schillerstraße 27, Rodgau-Weiskirchen**

**Bascha Mika** moderiert eine Podiumsdiskussion zum Thema „Medien und Wahrheit – Wer vermittelt uns ein realistisches Bild der Welt?“ Mit Tom Buhrow (WDR), Susanne Gaschke (Publizistin) und Michael Bröcker (Media Pioneer),  
**Dienstag, 24. März, 18.30 Uhr**  
**Bonner Universitätsforum, Heussallee 18-24, Bonn**

**Bascha Mika** moderiert eine Diskussionsrunde zum Thema „Demokratie? Demokratie!“ Mit dem Journalisten Henrik Müller (Autor des Buches „Kurzschlusspolitik“) und dem Publizisten Roger de Weck („Die Kraft vder Demokratie“).  
Eintritt 12 bzw. 6 Euro.  
**Mittwoch, 25. März, 20.15 Uhr**  
**Kanzlei Morgan, Lewis & Bockius. Opernturm, Bockenheimer Landstraße 2-4, Frankfurt**

**Lutz „Bronski“ Büge** stellt seinen neuen Roman „Evan – Virenkrieg IV“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant.  
Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.  
**16. April, 19 Uhr**  
**Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt**

## Ansehnliche Beträge

Zu: „Täglich etwas zur Seite legen“, FR-Wirtschaft vom 2. März

Zu DM-Zeiten hatte ich folgende Lösung: Immer, wenn ich vom Konto Geld abhob, etwa dreimal im Monat, wählte ich den Geldbetrag plus das Datum als Summe, also am 24. eines Monats hob ich beispielsweise 250 DM plus 24 DM ab. Die 24 DM ließ ich mir in größtmöglichen Münzen geben, was damals, als die Banken noch Kassen hatten, möglich war. Der „Datumsbetrag“ kam zu Hause in ein Sparschwein und ich hatte am Ende des Jahres immer einen ansehnlichen Betrag für Sonderanschaffungen. Leider kann ich diese Version nicht mehr durchführen, denn es gibt ja meines Wissens keine Banken mehr, die eine Barauszahlung vom Girokonto anbieten.

Wolfgang Engelmeier, Meinersen

## Stütze für das Gedächtnis

Erwiderung auf „Der Balken im Auge der Konservativen“, Leserforum v. 10.3.

Ob Herrn Gehrings treffsicherer Kommentar zum wackeligen Verhalten der christlichen dU nach der Landtags-Wahl im wunderschönen Thüringen Grund und Anlass zu einer kritischen Prüfung ihrer „Nie-mit-Beschlüsse“ sein wird, muss ich nach dem schlimmen Hickhack – besonders des Generalsekretärs – leider nach wie vor bezweifeln, auch wenn ich unterstelle, dass zumindest einige Meinungsbildner in der CDU die Angelegenheit Adenauer-Globke nicht ganz vergessen haben.

Herrn Gehrings Ausführungen wären jedenfalls sehr gut geeignet, den „Führungskräften“ der CDU incl. AKK und Nachfolger als Gedächtnisstütze zu dienen. Helmut Seipp, Hofheim

Diskussion: frblog.de/rhetorisch

## Zornige Rentner

Zu: „Mehr Steuergeld für die Rente“, FR-Wirtschaft vom 18. Februar

Hier ein kleiner Beleg für die Renten-Steuer-Raffgier unseres Staates: Die in 2019 erhaltene Rentenerhöhung von rund 500 Euro wurde am Jahresende anlässlich meiner Steuererklärung eins zu eins vom Staat wieder kassiert. Dies zum ersten Mal seit meinem Rentenbeginn in 2006. Und das soll in 2020 so weitergehen mit einer Vorauszahlung von 600 Euro übers Jahr. Da kann ich nur zornig werden. Keine Sorge, ich komme mit meiner Rente gut zu recht. Aber wird das so bleiben bei der Politik, die von unten nach oben baggert?

Herbert van Hüllen, Neuss

## Denkstrukturen aus der Nazizeit

Bundestagsdebatte zum Anschlag von Hanau: „Der Feind steht rechts“, FR-Politik vom 6. März

Laut Einschätzung von Herrn Gauland ist der Täter von Hanau ein Verbrecher und nichts weiter. Wenn sich aber die Taten und Motive solcher Täter immer wieder wie in den letzten Jahren und Monaten gleichen, greift eine Individualisierung wie die von Herrn Gauland viel zu kurz. Politiker müssen sich nach den Konsequenzen der Denkschablonen fragen lassen, die sie einer breiten Öffentlichkeit und damit auch den vielen „Verrückten“ in unserer Gesellschaft (fast immer für Scheinlösungen!) anbieten.

Wer den systematischen Mord der Nazis an Millionen Menschen „minderwertiger“ Volksgruppen als „Vogelschiss der Geschichte“ verharmlost, wer wie die AfD ein positives Bild unserer Kolonialgeschichte fordert, obwohl der Oberbefehlshaber in Deutsch-Südwestafrika, Herr Lothar von Trotha, sagte, er glaube, „dass die Nation (der Herero) als solche vernichtet werden muss“, leistet den Denkmustern Vorschub, nach denen der Täter von Hanau handelte: Auch er teilte die Menschen in

„wertvolle“ und „wertlose“ ein. Für die „Auslöschung“ von solchen, die er zu letzterer Gruppe rechnete, sorgte er dann selbst.

In Parlamenten, öffentlichen Medien, am Stammtisch usw. die Parallelität ganz vieler Denkstrukturen aus der Nazizeit – der AfD – und dem Weltbild der meisten Terroristen immer wieder aufzuzeigen, scheint mir ein wirksames Mittel, Rechtsradikalismus und seine Morde zu bekämpfen. Rolf Blees, Langen

Diskussion: frblog.de/rhetorisch